

Commission d'immigration: fini le consensus

Tout avait démarré si bien: la commission spéciale "Immigration" du parlement s'était réunie à maintes reprises pendant l'année dernière pour entendre différentes organisations et expert-e-s, dans une atmosphère bon enfant et sans accrocs politiques notables. Mais les choses commencèrent à se gêner lorsque le président Marcel Glesener (CSV) présenta l'ébauche d'un rapport intermédiaire teinté par-ci par-là de vues plutôt conservatrices. Mercredi, les différents groupes devaient présenter leurs amendements. Quelle surprise quand les député-e-s ont reçu en début de semaine un texte remanié, contenant déjà les amendements du parti démocrate. Une façon inacceptable de procéder, ont fait savoir Ben Fayot (LSAP) et Renée Wagener (Déi Gréng) dans un communiqué commun. Lors de la réunion de mercredi, le groupe vert s'est vu refuser la quasi-totalité de ses amendements motivés politiquement et Ben Fayot retira tout simplement les siens, estimant que face à l'attitude des partis de la majorité, une discussion n'avait plus aucun sens. Le rapport intermédiaire fut alors voté avec les voix de la majorité, face à l'abstention (en protestant) socialiste et un refus de vote vert.

Pei, Parc et Pierre de Bourgogne

L'âge d'or du "musée Pei" n'est pas pour demain. Experts, entreprises et pouvoir publics se disputent encore pour savoir si la fameuse pierre de Bourgogne "Magny doré", apparemment indispensable pour la serre de Monsieur Pei, est disponible ou non. Entretemps, le parlement vient de voter un projet de loi sur le "Parc Dräi Echelen". 650 millions d'anciens LUF pour un parc qui existe déjà, c'en était trop pour certain-e-s député-e-s. Force est de constater que seulement 20 pour cent du budget sont destinés aux plantations proprement dites, le gros étant réservé aux alentours bâtis du Musée d'art moderne Grand-Duc Jean. Le budget global de cette merveille muséologique dépassera les cinq milliards, le coût estimé du projet original de l'ère Santer, critiqué pour sa démesure. A l'époque, on avait réduit le projet à trois milliards de LUF pour mieux le faire accepter par la population. Notons encore que l'entretien dudit parc coûtera 250.000 euros par an - cela correspond exactement au budget affecté au soutien à la production littéraire. On reconnaît là les priorités de la politique culturelle au Luxembourg.

LSAP: Sieben Prozent mehr Mindestlohn

Die LSAP-Fraktion hat eine Erhöhung des Mindestlohns um sieben Prozent gefordert. Der sozialistische Abgeordnete Lucien Lux hatte dazu einen Gesetzesvorschlag ausgearbeitet, den er dem Parlament am Dienstag deponierte. Neben der am 1. Januar kommenden Jahres im Großherzogtum geplanten 3,5-prozentigen Anpassung des Mindestlohns an die Lohnentwicklung der Jahre 1999 und 2000 sieht der Vorschlag eine Erhöhung von weiteren 3,5 Prozent vor. Die zusätzliche Erhöhung stelle einen Ausgleich für jene dar, die von den Steuererleichterungen der Jahre 2001 und 2002 kaum oder gar nicht profitierten. Dies seien EinkommensbezieherInnen, die "größtenteils von den Früchten der hohen Wachstumsraten der letzten Jahre ausgeschlossen waren". Die Regierungsmehrheit im Parlament hatte vor anderthalb Jahren einen ähnlichen LSAP-Vorschlag abgelehnt, aber Kompromissbereitschaft im Hinblick auf die Anpassung für 2003 signalisiert. Die Erhöhung würde die insgesamt rund 35.000 Mindestlohnbezieher in Luxemburg betreffen, so die Pressemitteilung, die "durch ihre Arbeitsleistung am Produktivitäts- und Kompetitivitätszuwachs der luxemburgischen Ökonomie beteiligt waren".

HUNDEHALTUNG

Echt tierisches Maulkorbgesetz

Frei Leine oder ein Maulkorb für jeden Hund - zwischen diesen Polen bewegt sich die Debatte, die durch die Angriffe von in Mode gekommenen Kampfhunden entfacht wurde. Nun soll die Hundehaltung auch in Luxemburg strenger geregelt werden.

(rw) - Berichte über aggressive Hunde, die Menschen anfallen, gibt es in Luxemburg bisher kaum. Dennoch befand es die Regierung angesichts der schlimmen Unfälle, die in den letzten Jahren in unseren Nachbarländern passierten, für notwendig, ein Gesetz "betreffend die Hunde" zu schaffen. Sie ist nicht die einzige - in Deutschland etwa gibt es mittlerweile in 13 Bundesländern eine entsprechende neue Gesetzgebung, in Frankreich und Großbritannien gelten solche Regeln schon seit einigen Jahren. Die EU-Kommission hat bislang darauf verzichtet, einen Harmonisierungsvorschlag vorzulegen, der nicht nur den fragwürdigen Einsatz von Kampfhunden, sondern auch Zucht und Import regeln würde.

Der Titel des Luxemburger Gesetzesprojekts deutet darauf hin, dass nicht nur der Umgang mit Kampfhunden geregelt werden soll. Dem neuen Gesetz nach sind sowohl die Anmeldung, eine elektronische Erfassung als auch die Hundesteuer in jeder Gemeinde Pflicht. Für Hunde, die eine Gefahr für Menschen darstellen können, sollen zwei Regeln gelten: Einerseits können alle Bürgerinnen und Bürger eine Gefährlichkeitserklärung über einen bestimmten Hund einrei-

**WOHNUNGSPOLITIK**

Erfolgreich für wen?

Um dem Wohnungsnotstand beizukommen, haben Regierung und Opposition jetzt steuerliche Erleichterungen für GrundstücksbesitzerInnen beschlossen. Ob diese ihr Ziel erreichen werden, ist aber zweifelhaft.

(ik) - Mit den Stimmen aller Fraktionen wurden am vergangenen Dienstag im Parlament steuerliche Anreize beschlossen. Diese sollen es den GrundstücksbesitzerInnen schmackhafter machen, bisher brachliegende Bauflächen für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen.

Im Wesentlichen geht es um drei in einem Maßnahmenpaket verschnürte, steuerliche Neuerungen: So soll der Mehrwert beim Verkauf von Immobilien für die nächsten drei Jahre mit einem Satz besteuert werden, der nur noch ein Viertel des sonst üblichen, durchschnittlichen Satzes ausmacht. Im gleichen Zuge werden die Gewinne von ImmobilienhändlerInnen beim Verkauf von Lottisements-Bauflächen nicht mehr wie bisher als kommerzieller Mehrwert besteuert, sondern zu den gleichen Maßgaben wie beim privat getätigten Verkauf.

Rückwirkend zum 7. Mai dieses Jahres wird ein Freibetrag von 20.000 Euro pro Person bei der Enregistrement-Steuer eingeführt. Diese Summe kann später beim Kauf eines Hauses oder einer Wohnung geltend gemacht werden.

EigentümerInnen von Mietwohnungen können zudem ihre

Appartements künftig über eine Dauer von sechs Jahren zu einem Satz von sechs (statt wie bisher vier Prozent und vier Jahre) Prozent abschreiben. Schließlich soll die TVA-Steuer bei Bau- und Umbauarbeiten künftig vom Handel und Handwerk direkt angerechnet werden - bislang wurde diese vom Enregistrement oftmals mit zweijähriger Verspätung zurückerstattet.

Aggressive Rassen?

Klar, dass die unternehmerfreundlichen Regierungsparteien voll des Lobes für ihre Initiative waren. Die Opposition war da etwas verhaltener. Die LSAP, die sich für eine konzertierte Aktion aller AkteurInnen auf dem Wohnungsbaumarkt ausgesprochen hatte, äußerte vor allem Kritik an der einseitigen Ausrichtung der Maßnahmen auf Grundstücks- und EigenheimbesitzerInnen. Schlecht dabei wegkämen vor allem die Gemeinden - denen es ohne das weiterhin ausgeklammerte Vorverkaufsrecht an den nötigen Instrumenten fehlt, um Baulandreserven anzulegen -, und die MieterInnen.

"Der Staat muss die Mieter genauso unterstützen wie die Eigentümer", sagte Mars di Bartolomeo und sprach sich unter anderem für staatliche Mietgarantien aus. Aus gutem Grund: Bei den beschlossenen Maßnahmen gehen die MieterInnen leer aus. Dass einkommensschwache Haushalte nicht unbedingt zu den ersten Zielgruppen der Regierung gehört, zeigte übrigens auch die Reaktion von CSV und DP auf die am selben Tag in der Chamber gestellte Forderung

der Sozialisten, den Mindestlohn um sieben Prozent anzuheben: Sie wurde mit Gelächter quittiert.

Ähnliche Kritik an dem Regierungsprojekt wie die LSAP hatte auch der Déi Gréng-Abgeordnete Robert Garcia. Er nannte die beschlossenen Gesetze "punktuelle Erleichterungen" und ein "harmloses Projekt", dessen Folgen nicht absehbar seien. Unterstützt wurde er dabei vom sozialistischen Steuerexperten Jeannot Kreckel. Die Tatsache, dass die Steueranreize (deren Kosten übrigens bisher offiziell nicht beziffert wurden) befristet sind und zudem eine Evaluierung ihrer Wirkung für das nächste Jahr beschlossen wurde, zeigt, dass auch die Macher des Pakets von einem durchschlagenden Erfolg nicht wirklich überzeugt sind. Kein Wunder, schließlich winken SpekulantInnen, bei anhaltendem Bevölkerungswachstum, wesentlich höhere Zugewinne als die angekündigten Steuerersparnisse. Bei schlaun AnhängerInnen der Mehrwertakkumulation dürften auch die einmal mehr vom Premier energisch angeordneten "steuerlichen Sanktionen" gegen die "untragbare Zurückhaltung von Bauland" wenig Eindruck hinterlassen. Denn die Frage sei doch gestattet: Wenn der Staatsminister und die Regierungsparteien tatsächlich gewillt sind, bei Misserfolg eine schärfere Gangart einzulegen, wieso wurde diese dann nicht gleich mit im Gesetzespaket eingeschlossen?

Pitbulls auf legale Rassen wie den Riesenschnauzer um. Scharfgemachte Hunde werden vor allem in der Hundekampfszene abgesetzt - ein lukratives Geschäft. Kampfhunde sind aber auch, darauf verweist das "Exposé des motifs" des Luxemburger Gesetzesvorschlags, beliebt bei Drogendealern und "les jeunes des quartiers sensibles, eumêmes peu socialisés". Ein Phänomen, das sich jedoch in Luxemburg wohl etwas anders darstellt als in der Banlieue von Paris.

Neben Größe und Gewicht des Tiers sieht "Vier Pfoten" deshalb auch eher die Kompetenz von Herrchen oder Frauchen als Kriterium. Aggressionsbereitschaft sei "durch diverse Umwelteinflüsse und auch durch gezielte Dressur veränderbar". Deshalb fordern die TierschützerInnen die Einführung eines "Hundeführerscheins", der u.a. eine theoretische und praktische Schulung des Halters oder der Halterin befreit.

Ein Grundproblem liegt aber auch in den Kriterien der Hundezucht, die weiterhin stärker auf Aggressivität oder auf Schönheit ausgerichtet ist als auf Ausgeglichenheit und soziale Verträglichkeit. Inzestzucht ist ebenfalls immer noch an der Tagesordnung. Und der weiterhin erlaubte Import in die EU fördert unkontrollierbare Zuchtverhältnisse. Gerade über den Zuchtbereich schweigt sich der neue Luxemburger Gesetzesentwurf aber aus, im allgemeinen Tierschutzgesetz von 1983 steht dazu nicht viel mehr.

